

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

zu gemeindlichen Informationsveranstaltung bezüglich der laufenden Diskussionen über die Deponie AM FROSCHGRABEN begrüße ich Sie herzlich in unserer Turn- und Festhalle und freue mich, dass sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind.

Ein besonderer Gruß gilt:

- Herrn Landrat Dr. Haas,
- den Gutachter der AVL, Herrn Küppers,
- den Gutachter der Gemeinde Schwieberdingen, Herrn Borrmann,
- von Seiten des Umweltministeriums, Herrn Niehaus,
- von Seiten der Interessengemeinschaft, Herrn Dr. Vogt,
- die Mitglieder des Gemeinderates Schwieberdingen sowie des Kreistages Ludwigsburg sowie
- Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

seien Sie alle herzlich willkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Gemeinde Schwieberdingen hat seit Jahrzehnten die Deponie auf Ihrer Markung und schwierige Themen wurden seitdem diskutiert.

Und wir haben **heute** eine Situation, bei der zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, der Gemeinderat sowie die Verwaltung ihre Bedenken und ihre Ablehnung über die mögliche zukünftige Bauschutt-Ablagerungen aufgrund des Rückbaus des Atomkraftwerkes Neckarwestheim auf der Deponie Froschgraben geäußert haben.

Um die ablehnende Haltung der Gemeinde verstehen zu können, ist es notwendig, unsere individuell am Standort gemachten Erfahrungen zu beschreiben.

Bereits zu Beginn der ersten Untersuchungen Anfang der 90er Jahre über die Absicht eine Fläche zur Einrichtung einer Deponie im Landkreis zu finden, gab es gegen diese Planungen große Widerstände der eventuell betroffenen Gemeinden. Damals war Schwieberdingen nicht der einzige Standort im Landkreis, der untersucht wurde. Als sich der heutige Standort verfestigte, wurde auch die Frage eines rechtlichen Vorgehens gegen den bevorstehenden Aufstellungsbeschluss von Gemeindeseite eingehend geprüft – eine Handhabe war **rechtlich nicht gegeben**.

Im weiteren Verfahren haben sich damals beide Seiten nicht nur angenähert, es wurde eine **einvernehmliche Lösung** zwischen Landkreis und Gemeinde gefunden. Die erwartete verkehrliche Mehrbelastung wurde beispielsweise mit der Westumfahrung berücksichtigt.

Jahre später ging es um die Erhöhung der Deponie. Erneut wurde von der Gemeinde ein rechtliches Vorgehen geprüft, mit dem Ergebnis, dass Schwieberdingen letztendlich keine Handhabe gegen dieses Vorhaben hatte. Der Landkreis hatte in den Verhandlungen ab dem Jahr 2011 ebenso erklärt, Wege zu suchen, der den Interessen beider Seiten gerecht wird und somit **nicht gegen den Willen** der Standortgemeinde zu handeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dieser Rückblick ist wichtig, um die heutige Position der Gemeinde Schwieberdingen nachzuvollziehen und verstehen zu können. Insgesamt sind wir ein **verlässlicher Partner** bei vielen schwierigen Diskussionen, die mit der Deponie zusammenhängen. Und diese schwierigen Diskussionen bewegen seit vielen Jahrzehnten auch die Schwieberdinger Bevölkerung. Sorgen über **die Verfüllung**, Sorgen über die **abgelagerten Baustoffe** und Sorgen über **die Zeit nach Deponieende**.

Und **genau** in dieser beschriebenen Situation diskutieren wir seit letztem Jahr nun zusätzlich die Planungen des Landes bezüglich des Rückbaus des Atomkraftwerks Neckarwestheim. Geplant ist die Anlieferung von Bauschutt auf die Deponie am Froschgraben.

Im letzten Jahr haben wir die Handlungsempfehlungen des Landes und des Landkreistages **nach Abschluss** der Verhandlungen erhalten. Zur Information der Bevölkerung wurden diese auch im Amtsblatt unserer Gemeinde abgedruckt. Ein Vertreter der AVL wurde von mir in die öffentliche Sitzung eines Ausschusses eingeladen, um vorhandene Fragen des Gremiums und der Bevölkerung zu beantworten. Und dies, um uns überhaupt in die Position zu versetzen, sich mit dieser für unsere Gemeinde **neuen Situation** beschäftigen zu können.

Und **genau zu dem Zeitpunkt**, als wir in die Lage versetzt wurden, uns mit den zukünftigen Plänen des Landes und des Landkreises für zukünftige Ablagerungen zu beschäftigen, haben wir **aus der Zeitung erfahren**, dass bereits vergleichbare Materialien seit Jahren **ohne unser Wissen** auf der Deponie abgelagert wurden. Materialien aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe. Begründet wurde dies **mit dem geltenden Rechtsrahmen**.

Dieser Sachverhalt und **die fehlende Information** an die Gemeinde haben zu großer Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung beigetragen. Eine Verunsicherung, die nun aus meiner Sicht verständlicherweise auch auf die von Seiten des Landes **zukünftig geplanten** Ablagerungen Auswirkungen hat.

Und aufgrund dieser Situation hat der Gemeinderat einen für die Gemeinde eigenen Weg zur weiteren Vorgehensweise beschlossen und diesen bei Schnittstellen mit dem Landkreis abgestimmt.

Folgende Maßnahmen wurden festgelegt:

- Die AVL bestimmt einen Gutachter, der Messungen auf der Deponie bezüglich der bereits abgelagerten Materialien vornimmt
- Die Gemeinde bestellt einen eigenen Gutachter, mit ihm **muss** das Messprogramm abgestimmt werden, danach folgt **eine Bewertung**
- Die Ergebnisse des Messprogramms und die Bewertung werden in einer öffentlichen Veranstaltung – also heute – der Bevölkerung vorgestellt.

Dies ist die erste Zielsetzung der heutigen Veranstaltung: **Wir benötigen Klarheit** über die aktuelle Situation auf der Deponie, **Klarheit** über bereits vorgenommene Ablagerungen und **Klarheit** mittels der festgelegten Messungen. Die unabhängige Ergebnisbewertung im Auftrag der Gemeinde wird Ihnen später Herr Borrmann erläutern.

Und im Rahmen dieses geschilderten Sachverhalts hat sich die Gemeinde ebenso politisch positioniert. Einstimmig beschloss der Gemeinderat: „Die Gemeinde Schwieberdingen lehnt generell eine Ablagerung der diskutierten Materialien aus dem AKW Neckarwestheim auf der Deponie am Froschgraben ab“.

Und dieser Beschluss wurde **auch kritisiert**. Schwieberdingen gehe nach dem St. Florians Prinzip vor. Schwieberdingen erkenne das vorliegende Gutachten des Umweltministeriums nicht an. Und Schwieberdingen böte keine Alternative, sondern **verkenne die aktuelle Rechtslage**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Schwieberdingen **kennt** die aktuelle Rechtslage.

Der Gemeinderat hat in seinem Beschluss deutlich festgestellt, dass eine Ablehnung **nicht in der Entscheidungsbefugnis der Gemeinde liegt**. Der Gemeinderat hat aber ebenso geäußert, dass **das Vertrauen** in die Überwachung derartiger Abfälle schwer fällt, aufgrund des geschilderten Vorgehens auf der Deponie. Und der Gemeinderat hat festgestellt, dass das Vertrauen nicht mehr vorhanden ist.

Und dies weil Ablagerungen **ohne unser Wissen** vorgenommen wurden und dies mit der aktuellen Rechtslage begründet wurde. Der Hinweis auf die aktuelle Rechtslage ist uns zu wenig. Hier hätten wir informiert werden müssen.

Und dazu kommt – aus meiner Sicht der Punkt der am meisten zu beachten ist – **die Verunsicherung und die Sorgen in der Bevölkerung** aufgrund **den Erfahrungen**, die wir hier **individuell am Standort** mit der Deponie gemacht haben. Und mit unserer ablehnenden Haltung stehen wir nicht allein. Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler, der FDP und der Linken, der Horrheimer Ortschaftsrat und die Stadt Markgröningen teilen unsere Meinung, verstehen unser Anliegen.

Zusammenfassend ist aus meiner Sicht festzustellen:

Wir kennen die Begründungen des Umweltministers und wir kennen die Aussagen aus dem Gutachten. Wir haben aber individuelle Erfahrungen mit dem Deponiestandort, wir haben eine große Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung.

Und deshalb **lautet mein Appell an das Land**: Erkennen auch Sie, dass wir seit Jahrzehnten unserer Pflicht als verlässlicher Partner im Rahmen des Deponiestandortes nachgekommen sind. Erkennen Sie, dass wir **schwierige Situationen** diskutiert und gemeistert haben. Erkennen Sie bitte auch, dass wir mit unserer politischen Positionierung dafür werben, ob es nicht auch andere Handlungsvarianten gibt.

Und aus dieser Begründung lehnen wir weiterhin die Ablagerungen auch zukünftig ab, Schwierigkeiten möchte diese Ablagerungen nicht auf seiner Gemarkung.

Vielen Dank – ich darf nun Herrn Landrat Dr. Haas um seine Begrüßung bitten.